

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachdruckgebühr: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Aug. 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einpallige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamszeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Zusätzl. Vorkaufgebühren.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marsdenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Inverlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dritte Lesung des Steuerreformwertes.

Reichsfinanzminister v. Schlieben über die neue Einigungsgrundlage der Regierungsparteien.

Eine Denkschrift über die Wirtschaftsnote im Ruhrgebiet. — Kritik am deutsch-englischen Handelsvertrag.

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. August. Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung der neuen Steuerreform. Verbunden damit wird die Beratung des Zentrumsantrags auf Einsetzung eines Ausschusses zur Kontrolle der Brauwirtschaft.

Abg. Roenen (Komm.) protestiert gegen den Vorschlag des Ausschusses, jeder Fraktion 3 Stunden Redezeit bei dieser 3. Lesung zu gewähren. Als der Redner dabei von Steuerreformen spricht, wird er zur Ordnung gerufen. Dem Abg. Müller-Frank (Soz.) wirft er vor, vor der Mehrheit zu Renne getreten zu sein.

Abg. Müller-Frank (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion bei der 2. Lesung in neunziger Beratung zu allen Einzelheiten Stellung genommen habe. Das Wesen der 3. Lesung bestehe nicht darin, noch einmal alles zu wiederholen, was in der 2. gesagt worden sei. (Allseitige Zustimmung.)

Der Beschluß des Ausschusses auf Kontingenterhebung der Redezeit wird daraufhin gegen die Kommunisten genehmigt.

Reichsfinanzminister v. Schlieben.

fährt aus: Wir stehen vor den abschließenden Beratungen der Finanzreform, eines Gesetzgebungsaktes, das fast alle Gebiete unseres Steuerrechts sachlich neu ordnet und gleichzeitig das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden zu den großen Steuerquellen regeln soll. Gewiß werden viele von Ihnen die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wünsche, mit denen Sie die Beratungen begleitet haben, nicht voll erfüllt sehen. Ich weiß das vollumfänglich zu würdigen. Es ist notwendig, dieses Gesetzgebungsaktes als ein Ganzes zu betrachten, das aus der Not der schweren Zeit heraus geboren ist.

Es handelt sich um die Wiederaufrichtung des Grundgesetzes, daß die Steuerleistung sich nach dem wirklichen Ertrag der Wirtschaft, nach der Leistungsfähigkeit bestimmt.

Nicht darum handelt es sich, neue Steuerlasten auf das deutsche Volk zu legen, vielmehr steht eine Umformung, zum Teil auch eine Senkung der Steuerlasten, die während der Inflation auferlegt werden mußten, zur Lösung. Man kann bei dieser Reform nicht an ein kurzes Ja denken. Das Steuerrecht muß so festgelegt und so entwicklungsfähig sein, daß es auch in den kommenden Jahren schwerer Lasten nicht verfaßt. Beim

Finanzausgleich

mußte die Lösung so gehalten werden, daß ein friedlicher Ausgleich mit den Ländern erreicht wurde, daß aber auch die Lebensnotwendigkeiten des Reiches gewahrt wurden. Daher konnte an der Quotenverteilung der großen Ueberweisungssummen nichts geändert werden.

Um den Ländern aber Entlastungen zu bringen, und die Sorge um ihren Haushalt und um die Sicherstellung ihrer künftigen und sozialen Aufgaben möglichst zu mildern, habe ich mich bereit erklärt, den Gedanken der Garantie für das den Ländern notwendige Steueraufkommen auszubauen. Nach dem Wege, der sich gefunden ist, soll die Garantiepflicht des Reiches sowohl eine Garantie für die Umsatzsteuer, als auch eine solche für die Gesamtsumme umfassen.

Die Reichsregierung hat damit bewiesen, wie sehr es ihr am Herzen liegt, auch in dieser Frage auf gemeinsamen Boden mit den Ländern zu stehen. Hoffentlich wird dieses Entgegenkommen zu einer einheitlichen Linie von Reich und Ländern auch in dieser Frage führen. Der Minister schließt mit einem Dank an alle Beteiligten, die auch bei diesem Gesetzgebungsaktes am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitgearbeitet haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Oerk (Soz.) hält den Regierungsparteien vor, daß sie bei den Steuern nicht sachliche, sondern parteipolitische Vereinbarungen getroffen hätten, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Der Kaufpreis für die Steuern seien die Hölle. (Witruke rechts.)

Der Redner bekämpft die beabsichtigte Wiedereinführung der Friedensmieten vom 1. April 1926. Kein Land der Welt habe eine so unsoziale Steuererhebung wie Deutschland. Nicht der Reichtum werde in Deutschland beunruhigt, sondern die Armut. Wer Wind säe, werde Sturm ernten.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) bedauert, daß der Finanzminister immer nur an die Steigerung der Einnahmen denke, nicht aber an eine durchgreifende Minderung der Ausgaben. Der Redner hält seine Kritik an der Finanzpolitik des Ministers aufrecht. Der Minister lasse sich von allzu großem Optimismus leiten. Die Steuern müßten sich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anpassen. Das Budgetrecht des Reichstages werde illusorisch gemacht, wenn der Finanzminister sich bei seiner Ausgabenwirtschaft darauf einrichte, sich die Ausgaben stets erst Monate später durch den Reichstag bewilligen zu lassen.

Der Redner fordert allerhöchste Sparsamkeit. Die Wirtschaft würde sonst eine Enttäuschung nach der anderen erleben. Sie müsse wegen einer übermäßigen fiskalischen Finanzpolitik von Tag zu Tag neue Kräfte aus dem Produktionsprozeß zugunsten der Steuerlasten abschneiden. Staat und Wirtschaft erforderten gebieterisch eine möglichst sofortige Abkehr von den gegenwärtigen Wegen. Die demokratische Fraktion verzichte darauf, neue Anträge einzubringen. Sie

lehne die Vorlagen ab. Auch in der Opposition sei sie voll durchdrungen von ihrer Pflicht, an der Gestaltung unseres Staats- und Volkslebens positiv mitzuwirken. Der Redner beantragt Anhörung eines Sachverständigenausschusses für die Steuerfragen.

Inzwischen ist das Kompromiß zum Finanzausgleich eingegangen. Abg. Roenen (K.) nennt die Sozialdemokraten die Steigbühelhalter der wirtschaftlichen Reaktion. Er gebe zu, daß die Steuerreform vielleicht keine Mehrbelastung brächte, aber der Umbau geschehe auf Kosten der Arbeiter zur Entlastung der Besitzenden.

Reichsfinanzminister von Schlieben erwiderte auf die Vorwürfe des demokratischen Abg. Dr. Fischer, zwischen der Lage des Reiches und der Länder sei ein wesentlicher Unterschied, da das Reich die Reparationslasten habe, die Länder aber nicht. Der Minister verweist dann auf die schweren Kämpfe, die er geführt habe, um die Ausgaben herabzubringen. Er habe dabei leider die Unterstützung der Reichstagsparteien nicht gefunden. In der Frage des Finanzausgleichs habe er nicht daran gedacht, sich mit den Ländern zu überwerfen. Die Lasten, die der Wirtschaft jetzt auferlegt werden, seien sehr schwer und würden nur mit Mühe und Sorge getragen werden können, aber die Ursache dieser Lasten liege in dem verlorenen Krieg und in der Inflationszeit.

Beim Reich sei es schwerer, als bei einem Privatbetrieb, die Unkosten zu verringern.

Der Personalbedarf beim Reich mache 2/3 Prozent des Gesamtbedarfs bei den Verwaltungen aus. Der Minister bedauert den Vorwurf, das Budgetrecht des Reichstages verletzen zu haben. Das würde er sich niemals zuschulden kommen lassen. Einen besonderen Sachverständigenausschuss für Steuerfragen hält der Minister für überflüssig.

Staatssekretär Fischer widerspricht einer sozialdemokratischen Behauptung, wonach das Reich über keine Verpflichtungen hinaus der Rentendank Zuswendungen gemacht haben solle.

(Bei Schluß der Redaktion konnte die Sitzung noch an.)

Die Einigungsbasis.

Berlin, 7. August. Der entscheidende Paragraph 3a zum Finanzausgleich bestimmt nach den Beschlüssen zweiter Lesung folgendes:

„Um die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) in ihren Aufgaben insbesondere auf sozialem und kulturellem Gebiete zu erfüllen, werden den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden), wenn sich ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt in den Rechnungsjahren 1925/26 je auf weniger als 2100 Millionen Reichsmark belaufen, die daran fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushaltes, insbesondere aus den Aufkommen der nicht verpfändeten Verbrauchsausgaben zur Verfügung gestellt werden.“

Das neue Kompromiß schlägt nun folgende neue Fassung hinzu: „Wenn sich in einem der beiden Rechnungsjahre 1925/26 der Anteil der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) an der Umsatzsteuer aus einem geringeren Aufkommen als 1500 Millionen Reichsmark berechnet, so wird den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) der fehlende Betrag auch dann zur Verfügung gestellt, wenn ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt die im ersten Absatz bezeichnete Höhe erreichen oder überschreiten.“

Eine Erklärung der Zentrumsfraktion.

Zur Frage der Neuabgrenzung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete nimmt der Vorstand der Zentrumsfraktion in einer von der „Germania“ veröffentlichten Erklärung Stellung. Es heißt darin: Die Fraktion unterliegt als kaiserlich-königliche Partei die Innen- und Außenpolitik des Reiches. Solange diese in der vollen Linie des Zentrums liegen, eine sachliche Verantwortung, diese Stellung im Sinne einer härteren Bindung der Fraktion an die Regierung Luther zu verändern, liegt nicht vor. Die Fraktion erachtet die Entscheidung über die halbamtliche Besetzung des Reichsministeriums als nicht dringlich.

Ein Dementi zur Mietspiegelsetzung.

Berlin, 7. August. In verschiedenen Blättern war mitgeteilt worden, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning dem Reichsbund deutscher Mietervereine erklärt habe, daß mit einer Dauer miete von 140 Prozent zu rechnen sei. Die Fragen der Wohnungswirtschaft werden im Reichsarbeitsministerium bearbeitet. Weder der Reichswirtschaftsminister noch ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums haben eine Erklärung abgegeben.

Verstärkung der Kontrollkommission.

Berlin, 7. August. Die Meldung von einer Verminderung der Zahl der Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin waren voreilig. Für die am 1. August abgereisten 20 Offiziere sind am Mittwoch 18 französische, 11 belgische und 7 englische Offiziere als neue Mitglieder der Entente-Kommission in Berlin eingetroffen und im Hotel Eplanade abgeteilt.

Pressestimmen zur Dplantendebatte.

Berlin, 7. August. In der gestrigen Reichstagsdebatte über die Austreibung der Deutschen aus Polen schreibt die „Kreuz-Ztg.“: Wieder ein Schicksalstag für das deutsche Volk und wieder wüßiges Vergehen des schrankenlosen Präsenparlamentes der Republik. Die Austreibung Tausender von Deutschen durch die polnische Regierung und das Flüchtlingsland in Schneidmühl fanden auf der Tagesordnung. Die Abgeordnetenräte waren während der wichtigen Debatte nicht befreit? Die Redner, alles Deutsche, eine das Gefühl der Scham über die Ohnmacht gegenüber der polnischen Fremdherrschaft? Die Unterlassungsgebühren des preussischen Innenministers wurden mit würdevollem Ernst allgemein beklagt und beurteilt? Nichts von alledem!

Der „Volks-Ana.“ stellt fest, daß die gestrige Debatte zwar gewisse Höhepunkte ernsten Willens der Volksvertreter aufwies, unferner vertriebenen Ostmärkern im Reich verdienter deutscher Anteilnahme heissend zur Seite zu treten. Es sei aber keine Einheitsfront der Parteien zu finden gewesen, die allein doch die gemeinsame Grundlage für Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen bilden sollte.

Die „Tägliche Rundschau“ sagt, daß die Debatte über die Dplantenfrage mit einer fast einmütigen Abstimmung des Deutschen Reichstages geschlossen hat, in das Gute und Erfreuliche am gestrigen Tag. Im Ausland wird dieser Beschluß zeigen, daß über die Parteipartheien hinweg ein einheitliches Empfinden im deutschen Volke vorhanden ist. Aber daneben sei doch wieder das eine zu sagen, daß dem Deutschen Innenpolitiker näher liege, als äußeres politisches Geschehen von hoher Werte aus zu erkennen. Man hatte, vom innenpolitischen Standpunkt aus, sich wohl viel- leicht ein Fest vom gestrigen Tage versprochen.

Die „Deutsche Zeitung“ wendet sich dagegen, daß Stresemann die Frage der Unterbringung in Schneidmühl als eine Frage sekundärer Art behandelt habe. Durchaus nicht „sekundär“, sagt das Blatt, erhebt sich die Frage der Verantwortung an den erschütternden Zuständen in Schneidmühl, denn sie berührt doppelt die Würde des Deutschen Reiches.

Die „Berliner Börsenzeitung“ erklärt, was die Kritik der Öffentlichkeit an den Zuständen in Schneidmühl anbetreffe, so habe Dr. Stresemann nicht vermocht, die Situation zuzunehmen Severing zu verurteilen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, der Reichstag habe seine Aufgabe, zu protestieren, zu wahren, zu helfen, mit immerhin wachendem Geschick erfüllt.

Die „Germania“ sagt, es sei erfreulich, daß das Parlament sich zu einer einmütigen nationalen Rundgebung zusammengeschlossen habe, und diese Einmütigkeit möge den Flüchtlingen aus Polen zeigen, daß ihre Sache wirklich eine Herzensangelegenheit des deutschen Volkes ist.

Der „Vorwärts“ kann zwar die polnischen Ausweisungen nicht billigen, entrüstet sich aber darüber, daß deshalb scharfe Worte gegen Polen im Reichstag gebraucht wurden und macht der Regierung zum Vorwurf, daß sie nicht dafür gefordert habe, daß Ausschreitungen der Rhetorik seitens der Reichsparteien, wie die Voraussetzungen eines dunklen Endes des polnischen Volkes als Strafe für seine Schandtat unterblieben seien.

Die Räumung Kölns.

Im Laufe des Oktobers?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Köln, 7. Aug. Von unterrichteter Seite der Rheinlandkommission verlautet, daß über den Abzug der englischen Besatzung aus Köln noch keinerlei Klärung besteht. Die endgültige Entscheidung hänge von dem Ergebnis der Besprechungen mit dem französischen und englischen Ministerpräsidenten über den Sicherheitspakt ab. Man sei in französischen Kreisen der Auffassung, daß die Pläne Briand in London günstig aufgenommen werden. An den Abmachungen, daß die Engländer nach ihrem Abzug in Koblenz stationiert würden, habe sich nichts geändert. Die englische Besatzung werde den Stadtkreis Koblenz mit Pfaffendorf umfassen. Außerdem werde den Engländern der Bahnhof Niederlahnstein zur Verfügung gestellt. Der Verwaltungsapparat der Rheinlandkommission soll, wie es weiter heißt, reorganisiert werden. Die Kommission als Zentralorgan werde vorläufig ihren Sitz in Koblenz behalten. Eine ganze Reihe von Bureau, die nicht unmittelbar von der Rheinlandkommission abhängig sind, würden nach Wiesbaden verlegt. So z. B. die Finanz-, die juristische und die Wirtschaftsabteilung. Man rechne damit, daß die Räumung von Köln im Laufe des Monats Oktober erfolge.

Bernichtung der deutschen Zeitungen in Südtirol.

Die führende deutsche Tageszeitung in Südtirol, „Der Landsmann“ in Bozen, ist vom italienischen Präsesen zum zweiten Male verwahrt. Die dritte Verwarnung würde die endgültige Einstellung des Blattes bedeuten. Das Dekret des Präsesen begründet die Verwarnung damit, daß die genannte Zeitung fortwähre, jede Gelegenheit zu benutzen, „um ein jubiles und altes Wert zu verrichten“.

Wien, 6. August. Der Kronprinz von Preußen und der Kronprinz von Bayern weilen am Mondsee zur Hirschjagd.